

die römische Propaganda und der deutschen Bischöfe an den St. Vater, damit auch die päpstliche Kurie, ohne deren Genehmigung in der katholischen Missionshierarchie kein Wechsel erfolgen kann, den Regierungen und anderen Faktoren gegenüber das Prinzip und Interesse unserer Missionen hochhalte; 5. wirkungsvolle öffentliche Kundgebungen der deutschen Katholiken durch Presse und Versammlungen zur Verwahrung gegen die missionsfeindlichen Handlungen und Absichten wie zur Abwendung weiterer Schäden.

Die deutschen Missionen in Gefahr!

(„Germania“ vom 7. Mai 1919.)

Neueren Nachrichten zufolge beabsichtigt die englische Regierung, wie in Nr. 182 der „Germania“ schon ausführlich hervorgehoben wurde, in den deutschen Kolonien, die man uns entreißen will, und in anderen Missionsländern keinerlei deutschen Einfluß zu dulden und selbst die deutschen Missionare überall auszuweisen. In gewissen englischen Kolonien, in denen früher deutsche Missionare tätig waren, erhielten die Gouverneure bereits gesetzlich das Recht, das deutsche Missionseigentum ohne Entschädigung zu enteignen. Sollten die Pläne der deutschfeindlichen Kreise im vollen Umfange zur Verwirklichung kommen, so würde das zur nahezu völligen Vernichtung der Missionstätigkeit deutscher Glaubensboten führen. Das wäre dann ein „weißeroller“ Beginn des neuen Völkerbundes, der den höchsten Idealen der Menschheit dienen und überall auf der Welt die Flagge der Freiheit entfalten soll! Wir hoffen, daß in den alliierten Ländern diejenigen Kreise, die berufen sind, die Ideen des Christentums zu vertreten, erkennen, welche schwere Gefahren hier der Freiheit der Kirche und ihres Apostolates drohen.

Wenn selbst Regierungen christlicher Länder den übernationalen Charakter der Missionen ignorieren und rein politische Machtziele für deren Behandlung maßgebend sein lassen, dann ist es um die freie Entwicklung der christlichen Missionen geschehen, und wir gehen Zuständen entgegen, die einen ungeheuren Rückschritt gegenüber der bisherigen Missionsfreiheit bedeuten. Die Vergewaltigung, die heute die deutschen Missionen trifft, kann sich morgen, unter anderen politischen Konstellationen, gegen französische oder italienische Missionare wenden.

Hier liegt ein gemeinsames Interesse der Christen aller, auch der alliierten Länder, vor. Hier heißt es: Widerstehe den Anfängen! Es wäre eine würdige Aufgabe des katholischen Episkopats von ganz Europa und Amerika, dafür einzutreten, daß der übernationale Charakter und die Freiheit der Missionen im Friedensvertrag und im Vertrage des Völkerbundes ausdrücklich anerkannt und verbürgt wird. Von der deutschen Regierung müssen wir verlangen, daß sie mit äußerster Energie bei den Friedensverhandlungen für die Rückkehr der deutschen Missionare in alle ihre Arbeitsfelder und für die Rückgabe des gesamten deutschen Missionseigentums sich einsetzt.

England sinnt auf die Vernichtung der deutschen Missionen. Diese Tatsache steht fest. Auch die Gründe für dieses Vorgehen einer christlichen Macht gegen christliche Missionen sind nicht unbekannt. Man kann den deutschen Missionaren kein Vergehen nachsagen. In den britischen Kolonien haben sie während des Krieges die peinlichste Loyalität geübt, wie selbst die englischen Kenner der Verhältnisse zugeben müssen. Wenn daher die deutschen Missionare vertrieben werden, so sind sie lediglich ein Opfer der britischen Machtpolitik.

Nun ist die Missionsfrage wesentlich eine kirchliche Frage. Ohne den St. Stuhl kann sie nicht erledigt werden. Andere katholische Missionare, die etwa an Stelle der deutschen treten sollten, bedürfen notwendig der Jurisdiktion, die ihnen nur der Apostolische Stuhl verleihen kann. Es ist kein Zweifel, daß man versuchen wird, die oberste Kirchenleitung den Wünschen der Alliierten gefügig zu machen, die den deutschen

Missionaren zuge dachte Vergewaltigung stillschweigend 'zu dulden und Missionare, die den alliierten Nationen angehören, an ihre Stelle treten zu lassen'.

Der Heilige Stuhl ist damit vor eine außerordentlich schwierige und peinliche Entscheidung gestellt. Einerseits steht er unter dem stärksten Druck der alliierten Mächte, anderseits weiß er, daß die Augen des deutschen katholischen Volkes erwartungsvoll zu dem Felsen Petri sich richten, von dessen unerschütterlicher Festigkeit sie unentwegtes Eintreten für die Freiheit der Kirche und ihrer Missionen erwarten. In den letzten Jahrzehnten hatte sich der Missionseifer der deutschen Katholiken und ihre Beteiligung am Missionswerk der Kirche unter dem Segen und warmer Anerkennung des Heiligen Stuhles in überraschender Weise gesteigert. Angesichts des brennenden Mangels an Missionaren wie an Missionsmitteln mußte dieser Aufschwung der deutschen Missionsorden und Missionsvereine wie eine Fügung der Vorsehung erscheinen. Da die französischen und italienischen Missionsgesellschaften durch den Krieg so sehr geschwächt sind, daß sie für die Bedürfnisse ihrer eigenen Missionen nicht genügend aufkommen können, ist gar nicht daran zu denken, daß für die deutschen Missionare ausreichender Ersatz geschaffen werden könnte. Die Vernichtung der deutschen Missionen wäre daher nicht nur ein frevelhafter Angriff auf die Freiheit der Kirche, sondern auch eine ungeheure, nie zu verantwortende Schädigung des katholischen Apostolates.

Die Einrede, daß die deutschen Missionare nur etwa fünf bis zehn Jahre aus ihren Missionsgebieten fernbleiben sollten, kann nur von einem Politiker gemacht werden, der von Missionstätigkeit keine Ahnung und für die Interessen der Eingeborenen — die ja doch vom Völkerbund so sorgsam gepflegt werden sollen —, nicht das geringste Empfinden hat. Denn eben diese Zeit brauchen die Missionare, um sich in die Sprache, die Sitten und Anschauungen der Inländer gründlich einzuleben. Während die alten deutschen Missionare, die das Vertrauen der Eingeborenen besitzen, durch die gewalttätige Verdrängung zur Untätigkeit verurteilt würden, müßten neue Missionare, die ja in genügender Zahl gar nicht zu finden wären, viele Jahre verbringen, um sich mühsam einzuleben, und, wenn sie dieses Ziel erreicht hätten, nach fünf bis zehn Jahren auch wieder Abschied von dem Missionsfelde nehmen, um den deutschen Missionaren von neuem Platz zu machen. Solche Vorkürzungen, die Rechte der Kirche, der Missionare und der Eingeborenen in gleicher Weise verletzenden Pläne können nur dort gemacht werden, wo man ganz unverhüllt die Religion der Politik dienstbar machen will.

Die Kirche darf sich nicht zur Dienerin der Politik erniedrigen. Es liegt aber im Interesse der Missionen, daß die Kirche den absolut unpolitischen Charakter des Apostolates, das rein religiösen Zielen dient und darum von jedweder politischen Agitation fernbleiben muß, in schärfster Form zum Ausdruck bringt und diesen Standpunkt auch gegenüber den Missionaren jeder Nationalität nachdrücklich zur Geltung kommen läßt. Damit können und müssen die Staatsmänner der alliierten Mächte zufrieden sein, und es wäre dadurch die Grundlage dafür geschaffen, daß der übernationale, unpolitische Charakter und damit auch die Freiheit der Missionen im Völkerbundvertrage anerkannt und verbürgt würde.

¹ Tatsächlich schickte der Vatikan den Substitut des Kardinalstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Erzbischof Ceretti wegen der deutschen Missionsfragen zur Friedenskonferenz nach Paris und ließ durch ihn Wilson eine Denkschrift über die Orient- und Kolonialmissionen einreichen, fand auch bei den englischen und amerikanischen Delegierten freundliches Gehör, doch wurde er von den Alliierten nicht offiziell anerkannt. Vgl. den Osservatore Romano über die diesbezüglichen Rechte des Hl. Stuhls (Köln. Volksz. vom 3. und 10. Juni), dazu unten S. 200. Weitere Schritte des Vatikans meldet die Antwort des Kardinalstaatssekretärs an die deutschen Bischöfe (unten S. 195).